

Die vernebelte Gefahr

Wiederholen sich die Folgen der deutschen Währungsunion in Europa?

Die geplante Einführung einer Einheitswährung in der Europäischen Union läßt immer wieder die Wellen hochschlagen. So noch jüngst in Deutschland, wo die SPD sich kritisch dazu äußerte, aber auch in EU-Kreisen besteht keineswegs Einhelligkeit über die Modalitäten eine Euro-Währung. Nur in Luxemburg scheint es Konsens darüber zu geben, daß eine Währungsunion ausschließlich Vorteile bringt. Grund genug den folgenden Artikel aus Publik-Forum zu übernehmen, der die Frage etwas nüancierter angeht.

Das Thema ist bedeutend, doch die Diskussion über eine Euro-Währung wird der Bedeutung nicht gerecht. Da sind auf der einen Seite die Politiker der Regierungskoalition, allen voran Bundeskanzler Helmut Kohl, die sich gar nicht erst mit dem schnöden Pro und Contra einer Währungsunion befassen (wollen). Für sie ist die Europa-Währung schlichtweg eine Konsequenz der politischen Union.

Nicht weniger emotional argumentieren die Kritiker einer unbedachten Einfüh-

rung der Euro-Währung, darunter viele Oppositionspolitiker. Die einen fürchten den Import südeuropäischer Inflationsraten in die stabile Bundesrepublik - eine Furcht, die weit übertrieben erscheint. Die anderen sehen in dem Verlust der heimischen Währung einen Verlust von Heimat.

In dieser emotional aufgeheizten Diskussion erscheint es fast unmöglich, über die wirklichen Vorteile einer europäischen Währungsunion zu diskutieren. Noch weniger Gehör findet, wer vor dem größt-

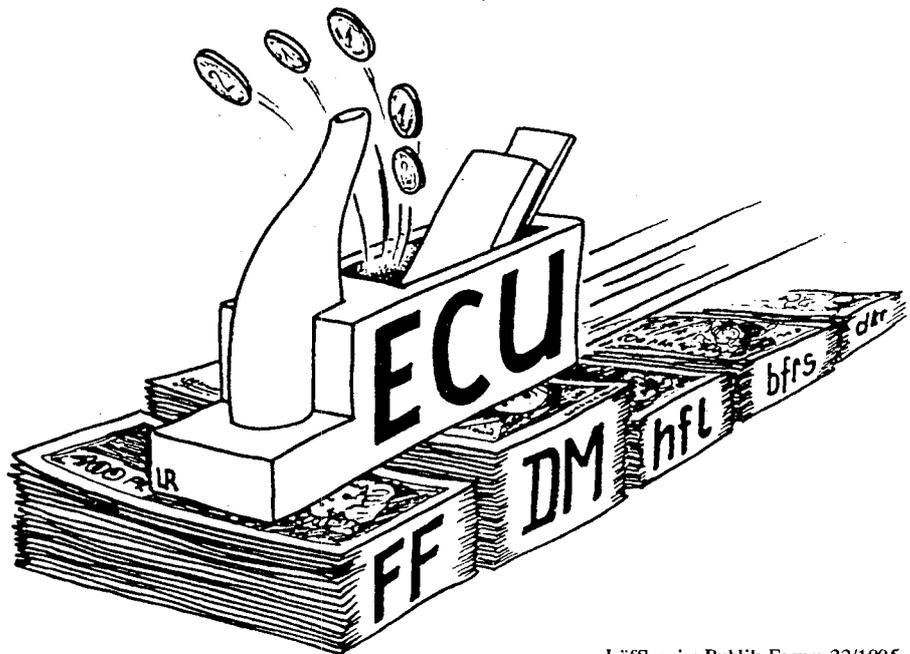
möglichen Risiko einer schnellen Einführung der Euro-Währung warnt: daß sie in Europa zu ähnlich dramatischen Folgen beitragen könnte wie die schnelle Einführung der DM in der ehemaligen DDR.

Eigentlich ist die Einführung einer Europa-Währung auf der Grundlage einer europäischen Währungsunion eine gute Idee - dem eher national orientierten Zeitgeist ganz zum Trotz. Daß die Touristen künftig im Urlaub ohne Wechselstuben auskommen, ist sicher einer der unwichtige-

ren Aspekte. Bedeutsamer ist schon, daß Unternehmen sich im Falle einer gemeinsamen Währung bei Lieferungen innerhalb der europäischen Union nicht mehr gegen Wechselkursrisiken absichern müssen; außerdem entfallen die Kosten für den Umtausch von Währungen, von denen außer den Banken niemand profitiert. Noch bedeutsamer ist, daß eine gemeinsame Währung endlich jenen Spekulanten den Nährboden entziehen würde, die heute jede noch so kleine Bewegung zwischen den verschiedenen Währungen ausnutzen, um Währungen zu niedrigeren Preisen zu kaufen und einige Tage später zu etwas höherem Preis zu verkaufen. Spekulanten wie George Soros scheuten nicht davor zurück, auf diese Art ganze Zentralbanken zu plündern - auf Kosten der Steuerzahler des entsprechenden Landes. Aus sensibler deutscher Sicht spricht zudem noch ein politpsychologischer Faktor für eine gemeinsame Euro-Währung: Die DM würde ihre faktische Funktion als Leitwährung verlieren, die in vielen, nicht so mächtigen Mitgliedsländern der EU ständig neue antideutsche Ressentiments ge-
deihen läßt.

Insofern gibt es durchaus gewichtige Argumente für die Schaffung einer Währungsunion, den Aufbau einer europäischen Zentralbank und die Einführung einer Euro-Währung. Wenig informiert wird man allerdings darüber, daß der Erfolg von Währungsunionen zwischen verschiedenen Ländern von einer zentralen Grundbedingung abhängt: Das Niveau der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse muß in den beteiligten Ländern etwa gleich hoch sein. Wenn die Arbeitnehmer verschiedener Länder etwa gleich produktiv sind und etwa gleich viel verdienen, gibt es für niemanden einen Nachteil, wenn alle ihre Löhne plötzlich in der gleichen Währung ausgezahlt bekommen.

Ganz anders sieht die Sache aus, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern unterschiedlich sind. In diesem Fall schützen nämlich unterschiedliche Währungen die schlechter entlohnten Arbeitnehmer wirtschaftlich schwächerer Länder - und zwar nach folgendem Mechanismus: Wenn ein Land wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig ist und deshalb viel weniger in andere Länder exportiert, als es von diesen Ländern importiert, dann sinkt der Wert der Währung dieses Landes. Dies klingt nachteilig, hat jedoch für dieses Land einen großen Vorteil: Da der Wert der Währung gesunken ist, sind die Produkte aus diesem Land nun im Ausland billiger und lassen sich besser verkaufen. Obwohl das Land eigentlich nicht konkurrenzfähig ist, kann eine sinkende Währung zu wachsenden



Löffler in: Publik-Forum 22/1995

Exporten und - dadurch - sogar zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Zum Beispiel: Hätte man Ende der achtziger Jahre vor der staatlichen Vereinigung - die Ost-Mark als Währung in der ehemaligen DDR belassen, dann hätte dies den ostdeutschen Arbeitnehmern unter Umständen geholfen. Aufgrund der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft hätte die Ost-Mark nämlich ständig an Wert verloren - gleichzeitig wären Ost-Produkte immer billiger geworden und hätten sich vielleicht im Westen leichter verkaufen lassen.

Die Einführung einer gemeinsamen Währung in Regionen oder Länder mit völlig unterschiedlichen Lohnstandards zerstört dagegen den Schutzmechanismus, den eine sinkende Währung zumindest kurzfristig bietet - wie im Falle der deutsch-deutschen Währungsunion geschehen. Von einem Tag zum anderen standen Ost-Arbeitnehmer mit geringeren Löhnen und Ost-Unternehmer mit geringerer technischer Ausstattung ungeschützt ihren gut ausgerüsteten und kapitalstarken westlichen Konkurrenten gegenüber - die Folge war ein wirtschaftlicher Kahlschlag in den neuen Bundesländern. Die sozialen Folgen dieser Entwicklung konnten anfangs überhaupt nicht und später nur mühevoll in Grenzen gehalten werden - und selbst dies war nur möglich, weil die Bundesregierung dreistellige Milliardensummen aus dem Westen in den Osten überwies.

Die sofortige Einführung einer Euro-Währung in allen EU-Staaten könnte zu ähnlichen Entwicklungen führen: Dann stehen nämlich schlechter entlohnte Arbeitnehmer und weniger produktive Unternehmer aus Portugal, Spanien und Griechenland ihren produktiven, weil technologisch gut ausgerüsteten Konkurrenten aus dem hoch-

industrialisierten Norden ohne den Schutzmechanismus einer Währung gegenüber - und in diesem Konkurrenzkampf werden die Süd-Unternehmen verlieren. Diese Entwicklung könnte zu einer Zerreißprobe für die europäische Union werden, denn die Mitgliedsländer der EU stehen dann vor zwei gleichermaßen brisanten Alternativen:

* Entweder sie gleichen die Unterschiede zwischen reichen und armen Regionen durch Milliarden-Subventionen aus - wie in Deutschland. Dies dürfte jedoch große Widerstände in den reichen Ländern provozieren - bis hin zu anti-europäischen Emotionen.

* Oder aber man betrachtet die harte Benachteiligung ärmerer Regionen als "notwendige Durststrecke", die überwunden werden muß - dann riskiert man harte anti-europäische Emotionen in diesen Regionen.

Angesichts dieses Risikos wirkt das rein politisch begründete Plädoyer von Helmut Kohl für eine Euro-Währung reichlich naiv.

Im *Maastrichter Vertrag* ist dieses Risiko erkannt worden. Nur die geldwertstabilen Staaten sind für die Währungsunion zugelassen. Eine Zweiteilung der EU in stabile und nicht-stabile Länder wird in Kauf genommen, um so den Einigungsprozeß voranzutreiben. Frankreich, Deutschland und Benelux sollen die Spitze bilden, die anderen sollen später nachfolgen können. Allerdings: Geldwert-Stabilität alleine als Eintrittskarte reicht nicht. Diese kann auch die soziale Stabilität zerstören, die ein Sozialstaat garantieren mußte.

Wolfgang Kessler
in: Publik-Forum, Nr. 22/17.11.1995